

**IN KÜRZE**

**Schüler wehrt sich gegen Schulverweis**

**Berlin.** Ein Schüler kann nicht an eine andere Schule versetzt werden, nur weil sein Vater einen Dauerstreit mit den Lehrern führt. „Kinder haften nicht für ihre Eltern“, teilte das Verwaltungsgericht Berlin am Freitag mit. Es gab einem 15-Jährigen Recht, der sich gegen seine Versetzung von einer Tempelhofer Schule auf eine andere Schule gewehrt hatte. Sein Vater liegt nach Gerichtsangaben seit zwei Jahren mit der Schule im Streit. Die Schulverwaltung kann gegen die Entscheidung Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

**Mann attackiert Kontrolleurin**

**Berlin.** Ein 33-jähriger Mann ohne gültige Fahrkarte hat am Donnerstagmittag in Berlin-Kreuzberg eine Fahrkartenkontrolleurin mehrfach geschlagen und leicht verletzt. Zwei Kollegen der Angegriffenen brachten den Zug zum Stehen und überwältigten den Mann. Die Polizei nahm den mutmaßlichen Schläger fest, die 19-jährige Frau verzichtete zunächst auf eine ärztliche Behandlung.

**Mann schlägt Kind mit Baseballschläger**

**Berlin.** Ein 57 Jahre alter Mann soll ein kleines Mädchen in Berlin mit einem Baseballschläger angegriffen und leicht verletzt haben. Die Siebenjährige spielte am Donnerstag mit zwei gleichaltrigen Mädchen in einem Hinterhof in der Mahlower Straße in Köpenick, als es zu dem Angriff kam, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Die zwei anderen Mädchen alarmierten ihre Eltern, die die Polizei riefen. Der mutmaßliche Angreifer muss sich wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten.

**Razzia gegen Rezeptfälscher**

**Berlin.** Mit einer Razzia ist die Berliner Polizei gegen eine Bande von Rezeptfälschern und Betrügern vorgegangen. Zwölf Wohnungen und andere Räume wurden am Donnerstag durchsucht, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Der mutmaßliche Anführer, ein 27-jähriger Mann, wurde verhaftet und sitzt in Untersuchungshaft. Die Schadenshöhe soll mehr als 490 000 Euro betragen.

**Reifenplatzer-Unfall bei Möckern**

**Möckern.** Auf der Autobahn 2 bei Möckern (Sachsen-Anhalt) wurde am Freitag ein Autofahrer nach einem Reifenplatzer schwer verletzt. Der 53 Jahre alte Berliner wurde in seinem Kleintransporter eingeklemmt und musste von Rettungskräften befreit werden. Der Mann sei in ein Krankenhaus gebracht worden. Für die Aufräumarbeiten mussten alle drei Spuren der A2 in Richtung Hannover für zwei Stunden gesperrt werden.



Ein junges Rotwild frisst die Rinde eines Baumes.

FOTO: JAN WOITAS/DPA

# Streit ums neue Jagdgesetz: Es geht um mehr Abschüsse

Rehe fressen Triebe von Baum-Setzlingen. Nun soll ein neues Jagdgesetz die Tierbestände reduzieren. Doch es gibt Widerstand – insbesondere unter Jägern

Von Ulrich Wangemann

**Potsdam.** Wildtiere setzen dem ohnehin durch Trockenheit, Ungezieferfall und Brandschäden schwer gezeichneten märkischen Wald zu. Viele Baumsetzlinge kommen nicht über Kniehöhe hinaus, weil Rehe ihre schmackhaften Triebe abknabbern. Der Umbau der Kiefern-Monokulturen zu einem artenreichen und klimafesteren Mischwald kommt deshalb nicht recht voran. Aus diesem Grund will Brandenburgs Landesregierung das Jagdgesetz des Landes komplett neu fassen und mehr Druck auf die Jäger ausüben: Sie sollen höhere Abschusszahlen liefern.

„Noch in diesem Winter“ will Umweltminister Axel Vogel (Grüne) das Gesetz vorlegen – doch jetzt hat ein Bündnis von Landnutzer-Verbänden schneller geschossen. Landesjagdverband, Landesbauernverband und Waldbesitzerverband haben am Freitag einen gemeinsamen Entwurf vorgelegt. „Wir wollen nicht auf ein Gesetz warten, welches den Anforderungen der Landnutzer nicht genügt, sondern in die Offensive gehen“, sagte Dirk-Henner Wellershoff, Präsident des Landesjagdverbandes. Nach den Plänen der Verbände, die im Forum Natur zusammengeschlossen sind, soll

es künftig die Möglichkeit geben, durch Gemeinschaften von Forstbetriebe neue Jagdbezirke zu bilden. Auch soll die Erstellung von Abschussplänen unbürokratischer geregelt und den Jägern ihr Handwerk etwa beim Einsatz von Jagdhunden erleichtert werden.

# 99

Prozent der Waldbesitzer haben keine Möglichkeit, auf ihren eigenen Flächen zu jagen.

Das Papier widmet sich außerdem Detailfragen wie der Bestellung von so genannten Stadtjägern, da Wildtiere innerhalb menschlicher Siedlungen immer häufiger auftauchen und Schäden anrichten. Diese Fachleute sollen speziell geschult sein im Umgang mit der Waffe und mit Fallen in bewohnten Gebieten. Gerade Wildschweine verwüsten in etlichen Gemeinden Grünflächen, Friedhöfe und Gärten.

Bauern sollen an ihren Feldern vermehrt Hochsitze und Schusswehnen dulden, sogar Entschädi-

gungen bei Elchschäden wollen die Verbände ins Jagdgesetz aufnehmen, wieweil die Zahl der nördlichen Riesen gering ist im Land.

Die Flut von Paragrafen in feinstem Jägerlatein kann nicht vom Grundkonflikt ablenken: Minister und Umweltverbände auf der einen und Jäger sowie große Landnutzerverbände auf der anderen Seite liegen in mehreren Punkten über Kreuz: So will der Minister verschiedene Hebel nutzen, um die Jäger zu mehr Abschüssen zu verleiten.

Die Brandenburger Jäger seien mit ihren Abschüssen schon jetzt teilweise an ihrer Leistungsgrenze angelangt, sagte Präsident Wellershoff. Pro Saison schossen die märkischen Waidleute 100 000 Wildschweine, 60 000 Rehe und 10 000 Stück Rotwild. Diese Zahlen seien nicht beliebig steigerbar, so Wellershoff.

Minister Vogel plant unter anderem, den eigentlichen Waldeigentümern mehr Anteil am Jagdgeschehen zu verschaffen, indem er die Pachtzeiten für die Jagdpächter kürzt. Dagegen wehrt sich der Jagdverband und schlägt eine Mindestpachtzeit von neun Jahren vor.

„Dem Landesjagdgesetz kommt erhebliche Bedeutung zu, da aktuell 99 Prozent der Waldbesitzer keine Möglichkeit haben, auf ihren eigen-

nen Flächen zu jagen – und damit die Zahl der Rehe und Hirsche so anzupassen, dass sich ihr Wald von alleine verjüngen kann“, sagt Minister Vogel. Waldeigentümer seien auf Hilfe der Jägerschaft angewiesen, um das Wild zu reduzieren und den Baumsetzlingen so das Überleben zu sichern. „Aber nicht alle Jagdpächter teilen diese Auffassung. Dieser Interessengegensatz muss aufgelöst werden“, sagt Vogel. Die Vorschläge der Verbände hält der Grüne für „erste Ansätze“, der Entwurf zeige „aber noch nicht ausreichend Lösungen auf, um den dramatischen Zuständen in den Wäldern Brandenburgs zu begegnen“.

Einig sind sich Minister und Verbände darin, die Schadenshöhe in den Revieren („Verbissschäden“) zur Grundlage von Abschussplänen zu machen. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde (HNE) könnte dazu die Fachkunde beisteuern. Vermittelnde Töne kommen von Thomas Weber, dem Vorsitzenden des Waldbesitzerverbands. Man habe nun „Vorschläge zum praktikablen Handlungsrahmen für die Jägerschaft, die ihr Handwerk zukünftig stärker zielorientiert ausüben muss“, gemacht. Nun müssten verschiedene Interessengruppen in einen Dialog treten.

## Corona-Prämie für Beschäftigte im Nahverkehr

**Potsdam.** Auch die Beschäftigten im Brandenburger Nahverkehr bekommen eine Corona-Prämie. Sie erhalten 600 Euro, Auszubildende 225 Euro. Darauf hat die Gewerkschaft Verdi am Freitag aufmerksam gemacht. Die Prämie ist Teil eines Tarifabschlusses, der vor einer Woche mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband geschlossen wurde.

Die rund 3000 Tarifbeschäftigten erhalten demnach ab März 1,4 Prozent mehr Geld und ein Jahr später weitere zwei Prozent zusätzlich. Im März 2023 werde dann das heutige Tarifniveau der Berliner Verkehrsverbände (BVG) erreicht, erklärte Verdi-Verhandlungsführer Jens Gröger. Im September 2023 gebe es einen weiteren Aufschlag von 1,5 Prozent. Vereinbart wurde auch ein Weihnachtsgeld von 1000 Euro ab nächstem Jahr sowie Verbesserungen bei Zuschlägen und Urlaubsgeld sowie mehr Urlaubstage. Der Vertrag läuft bis Ende 2023. Für die 14 500 Beschäftigten der BVG war am Dienstag eine Corona-Prämie von 900 Euro vereinbart worden. Die Tarifverhandlungen für den Berliner Nahverkehr sollen wegen der anhaltenden Pandemie aber erst im Frühjahr weitergehen.

## Humboldt Forum öffnet vorerst digital

**Berlin.** Das Humboldt Forum im teilweise rekonstruierten Berliner Stadtschloss bleibt in diesem Jahr nun doch verschlossen. Mit Blick auf die coronabedingten Maßnahmen fällt die zuletzt für den 17. Dezember angekündigte erste Teileröffnung des riesigen Kultur- und Ausstellungszentrums aus. Stattdessen soll es vom 16. Dezember an digitale Einblicke in Form von Livestreams und Online-Führungen geben, wie die Stiftung Humboldt Forum am Freitag mitteilte.

Nach jahrelanger Verzögerung und Kostensteigerungen auf inzwischen 677 Millionen Euro soll das Humboldt Forum in mehreren Schritten öffnen. Zunächst sollten wenige Teile des rund 40 000 Quadratmeter umfassenden Gebäudes zugänglich gemacht werden, erste Ausstellungen sollten 2021 folgen. Auf allen Ebenen soll das Haus nach bisherigen Ankündigungen erst zur Jahreswende 2021/22 zugänglich sein. Das Humboldt Forum nutzen künftig die Stiftung Preussischer Kulturbesitz mit zwei ihrer Museen, das Land Berlin und die Humboldt-Universität.

**BB RADIO**  
Voll die Vielfalt

**GEMEINSAM FÜR BRANDENBURG UND BERLIN**

Berlin / Potsdam und Umland 103.9 MHz  
Brandenburg und das Havelland 103.9 MHz  
Barnim / Uckermark und Oberhavel 95.0 / 95.4 / 102.1 / 107.9 MHz  
Pignitz / Süppinger Land 104.3 MHz

**EINSCHALTEN**

BBRADIO.DE ÜBER UKW · DAB · SMART SPEAKER · IM WEB UND ALS APP

# Querdenker demonstrieren an der Oder

Polizei erwartet größte Veranstaltung, die Frankfurt (Oder) je gesehen hat

Von Gesa Steeger

**Potsdam.** Seit Tagen mobilisieren Querdenker-Anhänger im Netz. Sie organisieren Übernachtungsmöglichkeiten und Mitfahrgelegenheiten – aus dem Münsterland, Sachsen und vielen anderen Regionen. Ihr Ziel ist Frankfurt (Oder). Hier soll an diesem Samstag eine Veranstaltung stattfinden, die unter dem Motto „Gemeinsam für den Frieden“ Corona-Skeptiker, Rechtsextreme und Verschwörungsideologen aus Deutschland und Polen auf die Straße ruft.

Man wolle gemeinsam ein Zeichen für Frieden und Freiheit setzen, heißt es in dem Aufruf der Veranstalter, eines Querdenker-Bündnisses aus Duisburg. Der Flyer zeigt die deutsche und die polnische Flagge im wehenden Wind. Ein Marsch für die Freiheit soll es werden, heißt es auf einem der Plakate, die durchs Netz geistern. Der Ton ist so pathetisch wie die Bildsprä-

che. Der Feind ist klar: Die Regierungen in Deutschland und Polen, Wissenschaft und Fakten.

Auf deutscher Seite erwartet die Polizei Frankfurt (Oder) rund 1500 Teilnehmer. Angemeldet haben sich prominente Figuren der Bewegung, Gründer Michael Ballweg und Samuel Eckert, Adventist und

You Tube-Star der Verschwörungsszene.

Auf der anderen Seite der Oder rechnet man mit bis zu 20 000 Teilnehmern, heißt es aus deutschen Sicherheitskreisen. Zu den polnischen Köpfen der Anti-Corona-Bewegung gehört Grzegorz Braun, Abgeordneter der rechtsextremen

Partei Konfederacja. Im Mai 2019 sprach Braun vom Krieg der Juden gegen Polen. Im August 2020 positierte er mit Brandenburgs Landtagsvizepräsident Andreas Galau für Fotos im Hintergrund.

Man rechne mit der größten Veranstaltung, die Frankfurt (Oder) je gesehen habe, sagte eine Sprecherin der Polizei gegenüber der MAZ. Neben lokalen Kräften wird die Bundespolizei vor Ort sein. Denn die Hauptlast der Demo liegt vermutlich auf deutscher Seite: Der Grenzübergang von Polen nach Deutschland ist erlaubt, allerdings nur zu Fuß. Die polnische Seite ist für Demo-Teilnehmer aus Deutschland dagegen tabu. Gegen Verstöße werde man hart vorgehen, heißt es aus polnischen Polizeikreisen.

In der Stadt Frankfurt (Oder) herrscht große Sorge. „Die Infektionszahlen sind jetzt schon sehr hoch“, sagt Pressesprecher Uwe Meier. Den Bürgern der Stadt rät er, die Demonstrationen zu meiden.



Das Feindbild der Querdenker-Bewegung ist meist das gleiche, wie hier in Dortmund so auch in Frankfurt (Oder). FOTO: IMAGO IMAGES/CORD